

Exzerpt Saez/Zucman – Der Triumph der Ungerechtigkeit

Hätte die Arbeitsgemeinschaft Finanzmärkte und Steuern von Attac ein Positionspapier von einer solchen Radikalität veröffentlicht, hätte vielleicht so mancher gedacht: Nun sind sie durchgeknallt. Einkommensmultimillionäre sollen einen Spitzensteuersatz von 75 % zahlen. Die Vermögenssteuer für Vermögen über einer Milliarde soll bei 10 % jährlich liegen. Aber diese Vorschläge stammen nicht von einem linken Zirkel, sondern von zwei weltweit bekannten Ökonomen. Gabriel Zucman bekam 2017 den Excellent Award des Instituts für Weltwirtschaft, der altehrwürdigen konservativen Denkfabrik an der Kieler Förde. Sie haben ganz schlicht und doch auf grandiose Weise Zahlentabellen und Fakten über die Ökonomie der USA und ihre Steuergeschichte zusammengestellt und daraus errechnet, wie ein Steuersystem aussehen muss, dass demokratischen Ansprüchen genügt. Und damit nicht genug: Sie haben auch die institutionellen Rahmenbedingungen analysiert, die erforderlich sind, um ein solches Steuersystem zu implementieren und in einer globalen Ökonomie durchzusetzen. Mit diesem eher schlichten spröden Buch beginnt ein neues Kapitel der Diskussion über eine gerechte Gesellschaft.

Das Buch

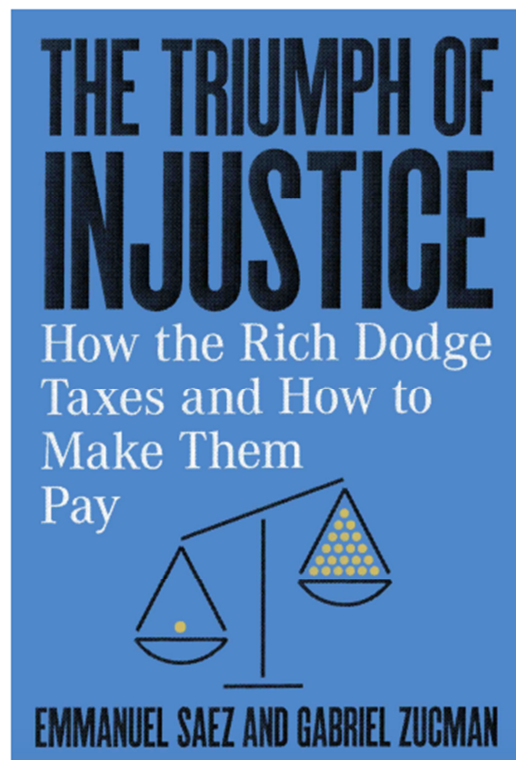
Der Triumph der Ungerechtigkeit – Steuern und Ungleichheit im 21. Jahrhundert. Suhrkamp Verlag, Berlin 2020, Originalausgabe: *The Triumph of Injustice. How the Rich Dodge Taxes and How to Make Them Pay*. W. W. Norton & Company, New York 2019

Die Autoren

Emmanuel Saez, Direktor am Institut für gerechtes Wachstum an der University of California at Berkeley, geboren 1972 in Spanien, aufgewachsen im französischen Baskenland. Studium der Ökonomie am MIT, seit 2002 ordentlicher Professor in Berkeley.

Gabriel Zucman, seit 2005 Assistant Professor an der University of California at Berkeley, geboren 1986 in Paris, Studium der Ökonomie in Cachan bei Paris, promovierte 2013 bei Prof. Thomas Piketty. 2017 bekam er den Preis des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel.

Beide Autoren sind spezialisiert auf Steuern und Ungleichheit und neben Thomas Piketty Mitherausgeber des World Inequality Report.



taxjustice.org

Das Buch wird ergänzt durch eine Internetplattform, die ein interaktives Tool enthält, das die kurz- und langfristigen Auswirkungen eines Steuersystems berechnet und grafisch darstellt. Hier kann jeder die Parameter seiner Wahl einstellen. Es stellt auch die Auswirkungen der Vorschläge einiger Präsidentschaftskandidat:innen in den USA dar.

Ergänzend stellen die Autoren die Algorithmen, die Daten, die Grafiken mit den zugrundeliegenden Excel-Tabellen sowie Erläuterungen zur Methode und den Ergebnissen des Buches online.

Inhalt

Das Buch schildert die wechselhafte Geschichte der Steuern in den USA und die absurde Ungerechtigkeit des gegenwärtigen Steuersystems. Daraus leiten die Autoren radikale Vorschläge für ein neues Steuersystem der USA ab. Weiterhin analysieren sie die Rahmenbedingungen in der globalisierten Welt und leiten daraus ab, wie ein solches System werden kann.

Anmerkung (Karl-Martin Hentschel)

Einige der im Folgenden dargestellten Grafiken habe ich nicht dem Buch, sondern der Homepage entnommen. Die Legenden habe ich teilweise überarbeitet.

Die Informationen in den Fußnoten stammen zum Teil aus dem Buch und zum Teil von mir – was dann mit „KMH“ gekennzeichnet ist.

Die roten Unterüberschriften zu den Buchkapiteln stammen ebenfalls von mir.

1 Einkommen und Steuern in den USA

Das Steuer- und Sozialabgabensystem der USA

Einkommen: Das Durchschnittseinkommen¹ der US-Bürger:innen beträgt 75.000 Dollar. Es besteht aus Löhnen und Gewinnen – alles vor Steuern und Transferleistungen. Die Gewinne umfassen sowohl Dividenden, Zinsen usw. wie auch investierte Gewinne. Das Einkommen der Arbeiterschicht („working class“ – damit meinen die Autoren die unteren 50 % nach Einkommen) beträgt im Schnitt nur 18.500 Dollar. Die Mittelschicht (die umfasst 40 % der Bevölkerung) verdient im Durchschnitt zufällig 75.000 Dollar, also viermal soviel. Ein Mitglied der oberen Mittelschicht (die oberen 10 %) verdient durchschnittlich 220.000 Dollar im Jahr. Die Reichen (das 1 % mit den höchsten Einkommen) verdienen pro Kopf 1,5 Mio. Euro im Jahr.

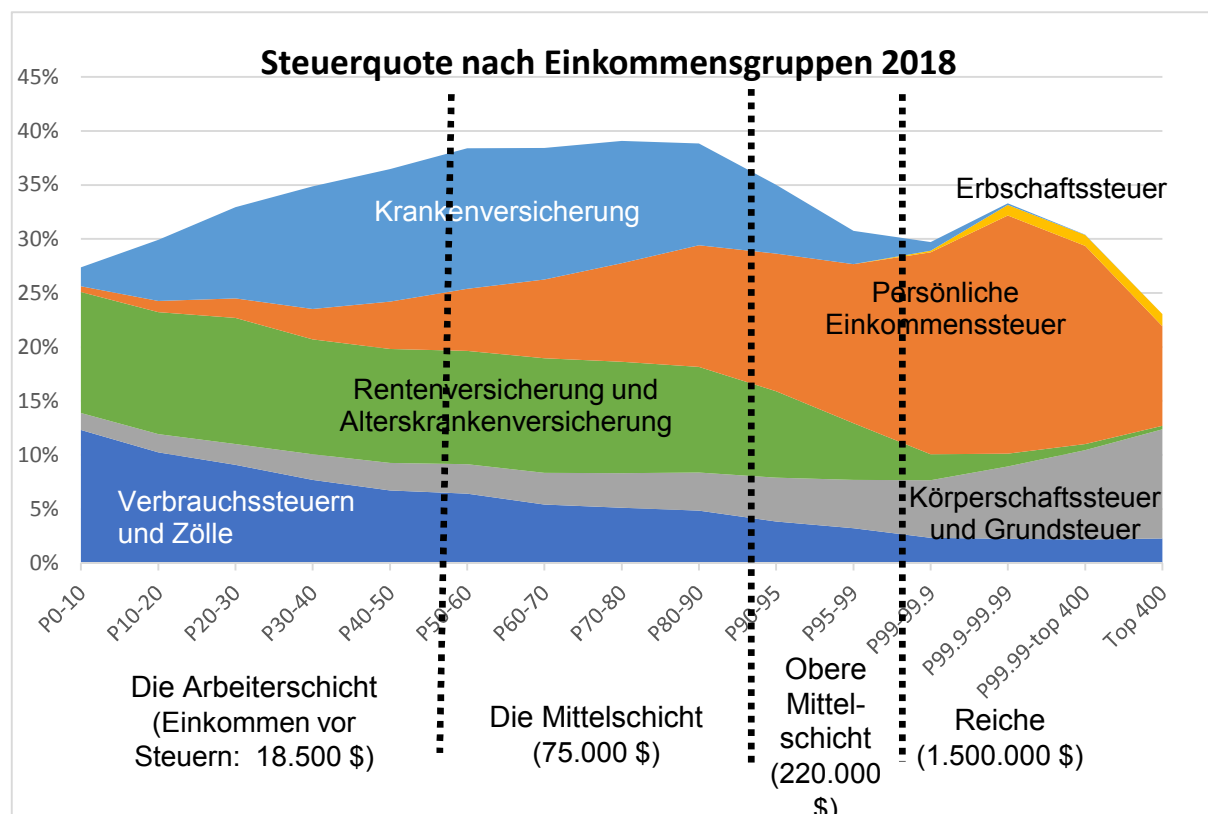
Die Gewinner der vergangenen 40 Jahre waren die Reichen (die 1 %, die am meisten verdienen). Im Jahre 1980 verdienten die Reichen gut 10 % des Nationaleinkommens, während der Anteil der Arbeiterschicht bei 20 % lag. Heute ist es umgekehrt. Die Reichen 1 % bekommen über 20 %, die 50 % der Arbeiterschicht nur 12 % der Einkommen.

¹ Das gesamte Nationaleinkommen geteilt durch die Zahl der Erwachsenen ab 20 Jahren. Das (Netto-)Nationaleinkommen ist das Bruttoinlandprodukt minus die Abschreibungen plus Auslandseinkommen minus Zahlungen an das Ausland.

Damit ist die USA unter den entwickelten Staaten einmalig. Zum Vergleich: In Europa stieg der Anteil der Reichen (1 %) im gleichen Zeitraum von 10 % auf nun 12 %, der Anteil der Arbeiterschicht (untere 50 %) sank von 24 % auf 22 %.

Steuern: Die Autoren unterteilen die Steuern in vier Gruppen: Persönliche Einkommenssteuer, Lohnsteuern (gemeint sind Sozialabgaben), Kapitalsteuern und Verbrauchssteuern.

Die **persönliche Einkommenssteuer** erbringt 11,5 % des Nationaleinkommens (NEK). Der Steuersatz der Bundes-ESt (9% des NEK) wächst von 0% (auf Einkommen bis 12.200 Dollar) bis 37% auf Einkommen über 510.300 Dollar. Dazu kommen die Einkommenssteuern der



meisten Bundesstaaten und einiger Städte (insgesamt 2,5% des NEK) mit Steuersätzen zwischen 0% (z. B. Texas) und 13% (Kalifornien) in der Spitze.

Die **Lohnsteuern** (Sozialabgaben)² bestehen aus:

- Rentenversicherungsbeiträgen (12,4 % aller Einkommen mit einem Deckel von 132.900 Dollar – den gibt es erst seit Trump) → 8 % des Nationaleinkommens
- Medicare (Krankenversicherung für Senioren) → 3 % des NEK
- Krankenversicherung durch die Arbeitgeber (13.000 \$ pro Beschäftigtem unabhängig vom Einkommen – erst ab 50 Beschäftigten ist sie Pflicht. Daher sind 14% [meist Geringverdiener] nicht versichert) → 17 % des NEK

Diese Sozialabgaben sind seit Trump regressiv durch die Beitragsbemessungsgrenze der Krankenversicherung und fehlende Freibeträge (wie in Deutschland – anders als in den meisten anderen europäischen Ländern). Insgesamt machen sie 28 % des NEK aus. Das sind 50 % mehr als in Deutschland! Die Ursache dafür sind die privaten Versicherungen und das private

² Die Übersetzung des englischen Begriffs „payroll taxes“ durch „Lohnsteuer“ ist ein Übersetzungsfehler – es muss natürlich Sozialabgaben heißen. Lohnsteuer meint im Deutschen die vom Arbeitgeber abgeführte pauschale Einkommenssteuer. KMH

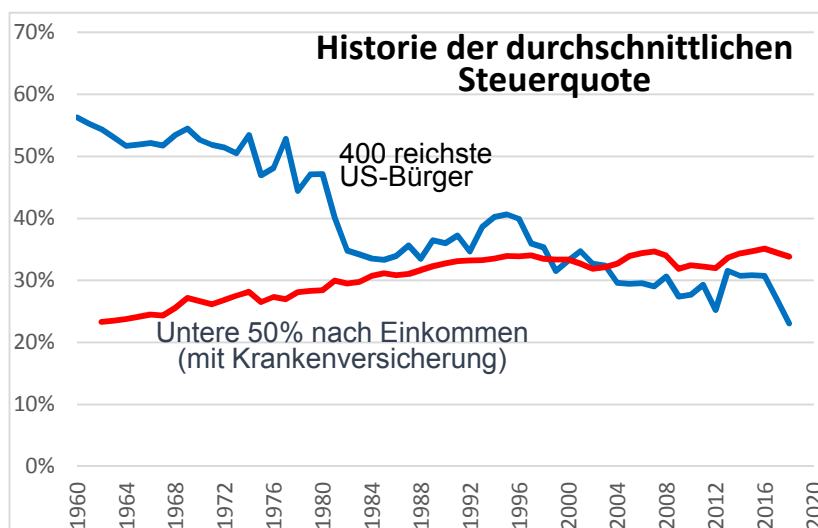
Gesundheitswesen, die enorme Gewinne erwirtschaften. Nicht enthalten in den Sozialabgaben ist "Medicaid" (die Krankenversorgung für Niedrigverdiener), die aus Steuermitteln finanziert wird und einer Bedürftigkeitsprüfung unterliegt.

Die **Verbrauchssteuern** (Verkaufssteuern (z.B. Tabaksteuer), Konzessionssteuern (z.B. Kfz-Steuern) und Zölle – eine Mehrwertsteuer gibt es in den USA nicht) erbringen 6% des Nationaleinkommens. Sie sind extrem regressiv, da sie nur Waren besteuern, aber nicht die Dienstleistungen der Reichen (wie die Mehrwertsteuer in Europa).

Zu den **Kapitalsteuern** rechnen die Autoren die Körperschaftssteuern, die kommunalen Grund- und Vermögenssteuern (property tax – sehr unterschiedlich) sowie die Nachlasssteuer (Erbschafts- und Schenkungssteuer). Sie erbringen zusammen 4% des Nationaleinkommens.

Insgesamt beträgt die Steuerlast also 41% (ohne die Pflicht-Krankenversicherung 28%). Sie beträgt für die Geringverdiener (ohne Krankenversicherung) 27%, für die Mittelschicht fast konstant 40%, für die Reichen um die 30% und sinkt dann ab bis auf 23 Prozent für die reichsten 400 Amerikaner.

Der Grund, warum die Superreichen heute am wenigsten zahlen, liegt (wie in Deutschland!) daran, dass die thesaurierten Gewinne nur der Körperschaftssteuer unterliegen. Diese wurde durch Trump halbiert und wird oft nicht gezahlt wird, da die Gewinne in Steueroasen ausgewiesen werden. Das war aber nicht immer so – bis 1960 zahlten die Reichen noch durchschnittlich fast 60%.



Fazit:

- **Zum ersten Mal in der Geschichte zahlen Milliardäre weniger als ihre Arbeiter.**
- **Die regressiv Steuerkurve ist eine Maschine der Ungleichheit.**

2 Von Boston nach Richmond

Geschichte der Steuern der USA

Historisch war die USA bei der Besteuerung der Reichen oft ein Vorreiter. 1913 wurde die Einkommenssteuer durch eine Verfassungsänderung eingeführt.

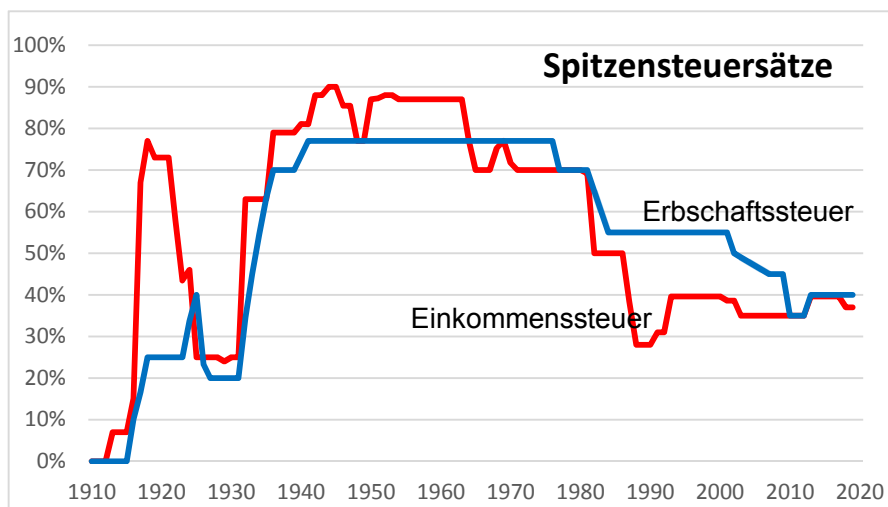
Hohe Spitzensteuern sind demokratisch!

Von 1935 bis 1981 lag die Erbschaftssteuer für große Vermögen zwischen 70 und 80 Prozent. Zugleich lagen die Spitzensätze für die Einkommenssteuer zwischen 70 und 94 Prozent. Da-

bei ging es nicht um die Staatsfinanzierung. Denn dafür waren die Steuern der Superreichen nicht so relevant. Es ging um die Demokratie.

Der Ökonom Irving Fisher bezeichnete schon 1919 die starke Vermögenskonzentration in den USA als undemokratisch. Roosevelt begründete die Einführung solcher Steuersätze explizit damit, dass kein Bürger mehr als 25.000 Dollar im Jahr verdienen solle (das ent-

spricht heute etwa 1 Million Dollar). Diese Steuersätze galten daher nur für sehr wenige. Die Mittelschicht – aber auch Menschen mit Einkommen von mehreren 100.000 Dollar (nach heutigem Wert) zahlten dagegen in der Spitze weniger als 50 Prozent.

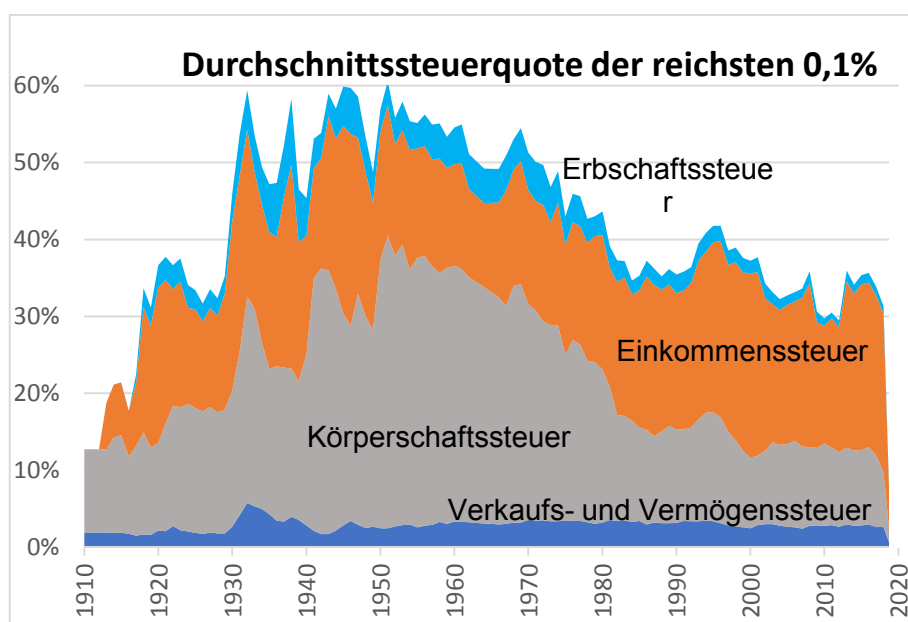


Entscheidend war die Körperschaftssteuer

In dieser Zeit (von 1930 bis 1980) ging die Ungleichheit in den USA deutlich zurück. Der Anteil des obersten Promille der Bürger am Vermögen reduzierte sich um zwei Drittel (von 4% auf 1,3%). Die

Durchschnittssteuersätze für die Reichsten lagen bis 1970 noch über 50 Prozent. Die wichtigste Rolle dafür spielte allerdings nicht die Einkommenssteuer, sondern die Körperschaftssteuer mit effektiven Steuersätzen von bis zu 50 Prozent. Denn die Körperschaftssteuer belastet eben

auch die thesaurierten Gewinne, die nicht der Einkommenssteuer unterliegen.

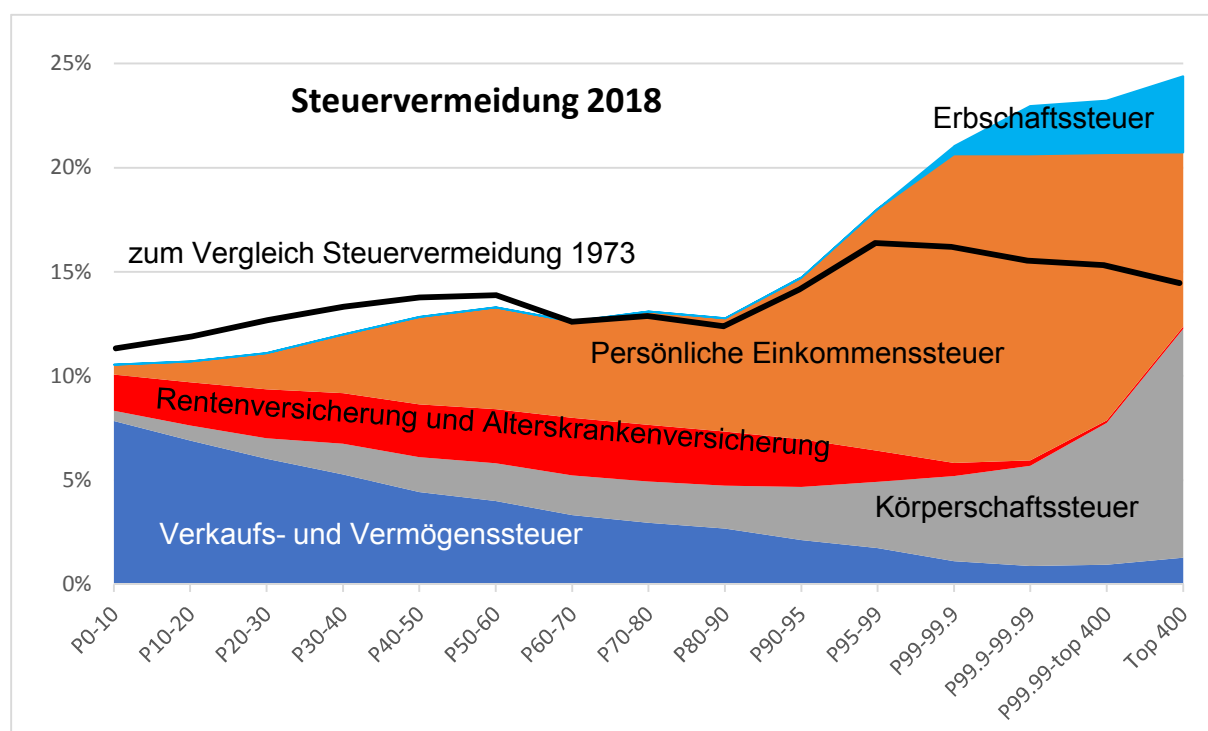


3. Wie die Ungerechtigkeit triumphiert

Wie kam es zu den Steuersenkungsexzessen?

Die Kehrtwende kam in den 80-er Jahren unter der Präsidentschaft von Reagan. Nun wurde der Spitzensteuersatz für Einkommen schrittweise auf schließlich 28% gesenkt. Sogar Ted Kennedy, Al Gore und Joe Biden stimmten im Kongress mit „Ja“.

Möglich war diese Kehrtwende, weil bereits vorher die Steuermoral zusammengebrochen war. Die Steuervermeidung der reichsten 5% wuchs seit Mitte der 70-er Jahre enorm an. Entscheidend dafür war, dass Steuervermeidung nicht mehr als kriminell angesehen wurde. Im Gegenteil: Sie wurde sogar durch die Gesetzgebung und durch die unzureichende Ausstattung der Steuerbehörden erleichtert. Bis 1982 waren Aktienrückkäufe (anstelle von Dividendenausschüttungen, die versteuert werden müssen) noch illegal. Auch andere Tricks zur Steuervermeidung wurden jeweils sofort unterbunden, sobald sie bekannt wurden (wie Briefkastenfirmen 1937, Spenden an Privatstiftungen 1969 usw.). Aber ab der Wahl Reagans änderte sich dies völlig. Es entstand eine Steuervermeidungsindustrie, die ihre Angebote in den Finanzteilen der Zeitungen offensiv bewarb.



Die oft vertretene Position, dass Steuervermeidung in Zeiten der Globalisierung nicht zu vermeiden sei, wird von den Autoren systematisch widerlegt. Das Gegenteil hat bereits Präsident Obama mit dem Gesetz FATCA bewiesen. Die USA hat allen Staaten, Firmen und Banken gedroht, Geschäftsbeziehungen durch eine Sonderabgabe von 30% auf alle Transaktionen zu unterbinden, wenn sie der US-Steuerbehörde IRS nicht die Steuerdaten von US-Bürger:innen liefern. Und alle sind eingeknickt. Es geht also. Trotzdem hat Präsident Trump die Körperschaftsteuer noch mal halbiert.

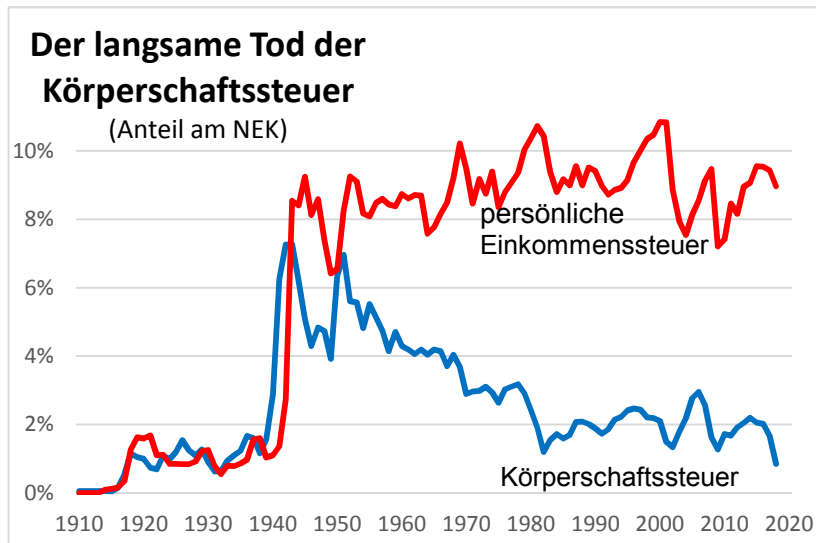
4 Willkommen in Bermuland³

Steuervermeidung internationaler Konzerne

Von der Einführung der Körperschaftssteuer zu Beginn des 20. Jahrhunderts bis in die späten siebziger Jahre haben große Unternehmen kaum Steuervermeidung betrieben.

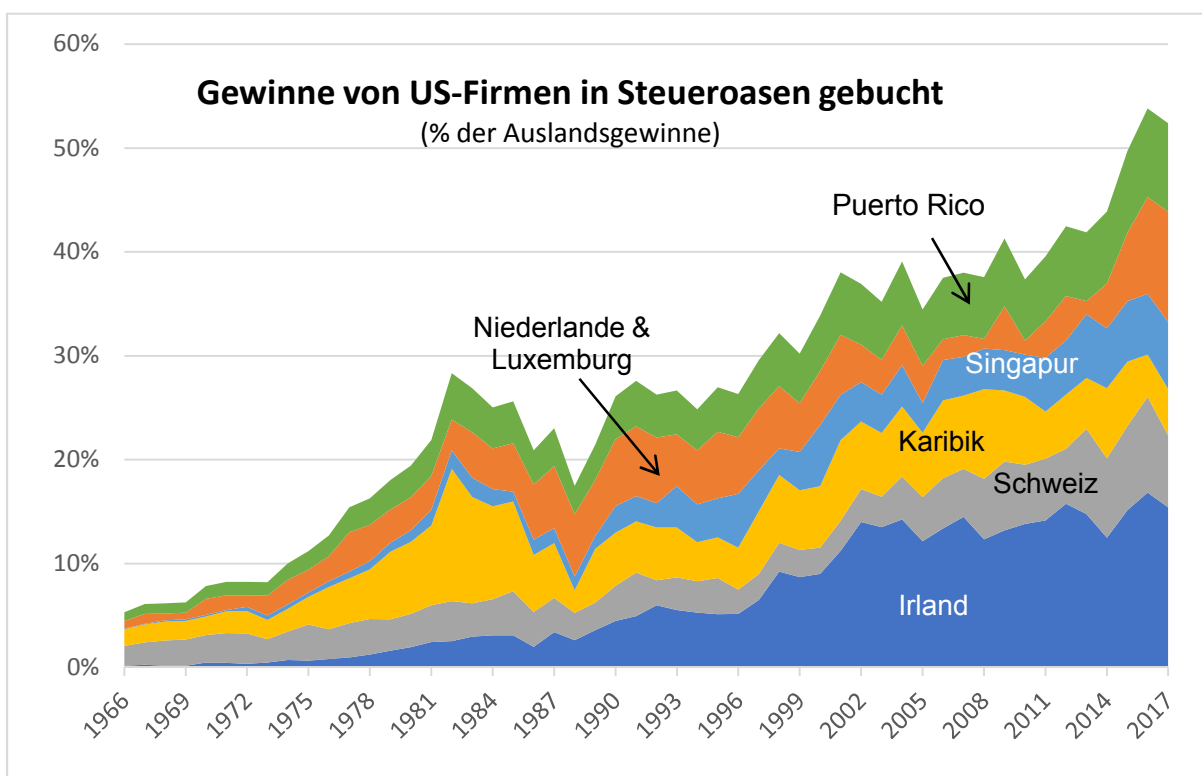
Entscheidend waren schnelle Reaktionen des Staates auf jeden Versuch, aber noch wichtiger war das öffentliche „shaming“ von Steuertricksern.

Seitdem hat die Steuervermeidung so stark zugenommen, dass die Körperschaftssteuer praktisch zusammengebrochen ist. Sie bringt nur noch 1 Prozent des NEK ein.



Das Problem: Die Einzelbesteuerung der Betriebe

Die Steuervermeidung von internationalen Konzernen funktioniert, indem diese ihre Gewinne in Steueroasen mit niedrigen Steuersätzen verschieben. Dies geschieht mit Hilfe des international üblichen „Verrechnungspreissystems“. Danach wird jeder Betriebsstandort un-



³ Das Wort „Bermuland“ wurde durch die Verschmelzung der beiden wichtigsten Steueroasen für die US-Konzerne Bermudas und Irland gebildet.

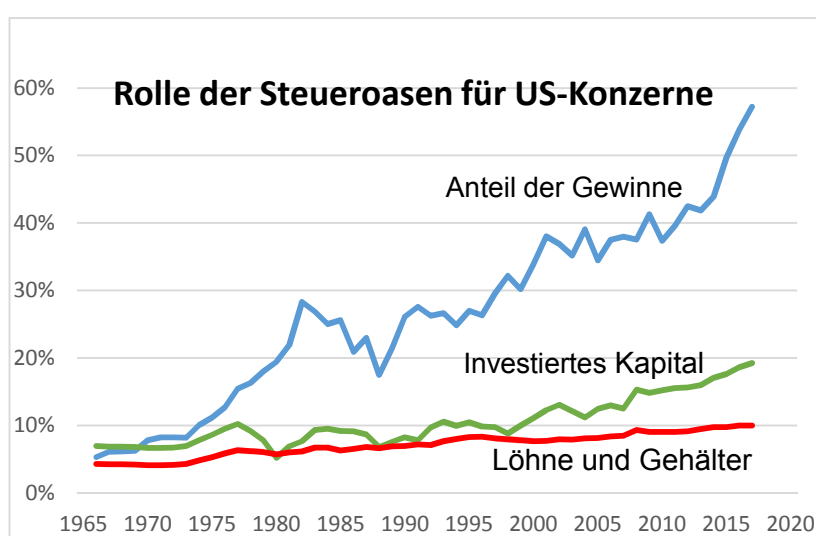
abhängig einzeln besteuert. Die Tochterunternehmen eines Konzerns stellen sich gegenseitig Rechnungen aus. Da ein großer Teil des Welthandels heute firmenintern abgewickelt wird, gelingt es den Firmen, die internen Geldströme so zu lenken, dass die Gewinne in Steueroasen anfallen. Organisiert wird dies von den internationalen Unternehmensberatungen⁴. Während die Finanzämter bei materiellen Produkten noch prüfen können, ob der Verrechnungspreis zwischen Tochterfirma A und Tochterfirma B halbwegs korrekt ist, ist dies beim Handel mit Dienstleistungen, Logos, Daten, Warenzeichen, Patenten und Verwaltungsaufgaben praktisch nicht möglich. Daher wies Google 2017 auf den Bermudas 22,7 Milliarden Gewinn aus. Die Körperschaftssteuer ist null Prozent. Insgesamt werden weltweit 40% der Gewinne von internationalen Unternehmen in Niedrigsteuereändern verbucht, bei den US-Multis sind es sogar 60%.

Kaum wirtschaftliche Aktivitäten in den Steueroasen

Die nebenstehende Grafik macht deutlich, dass in den Steueroasen kaum wirtschaftliche Aktivitäten stattfinden. Die Konzerne verschieben also nicht ihre Produktionsstätten, sondern nur die Gewinne.

Das BEPS-Projekt ist gescheitert

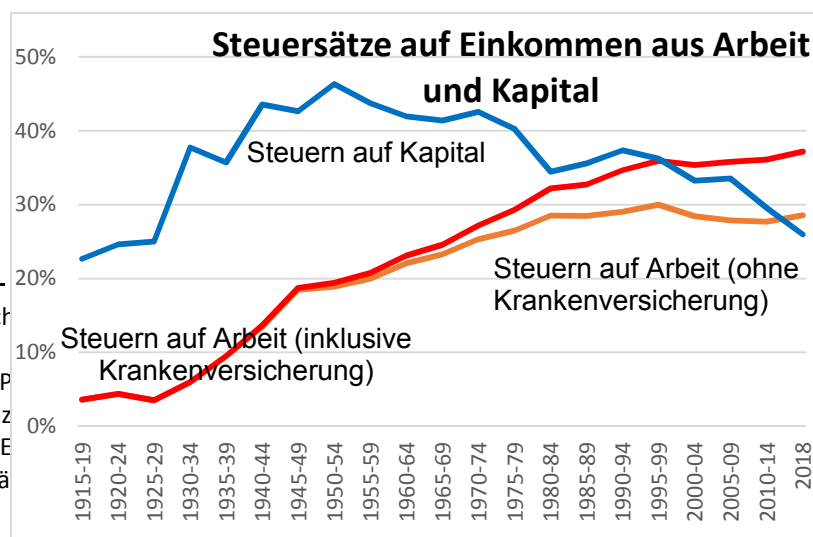
Seit 2016 haben die OECD-Staaten das BEPS-Projekt⁵ gestartet, um die Steuervermeidung zu stoppen. Nach Einschätzung der Autoren ist dieses Projekt gescheitert. Der Steuerwettbewerb hat sich beschleunigt. Von 1985 bis 2018 ist der durchschnittliche Steuersatz der Körperschaftssteuer weltweit von 49% auf 24 % gesunken. Wenn es so weiter geht, wird er Mitte des 21. Jahrhunderts bei null % liegen.



5 Die Abwärtsspirale

Besteuerung von Kapital und Arbeit

Alle Steuern werden entweder von Einkommen durch Arbeit (Löhne, Sozialabgaben) oder von Einkommen von Kapital (Steuern auf Vermögen, Divi-



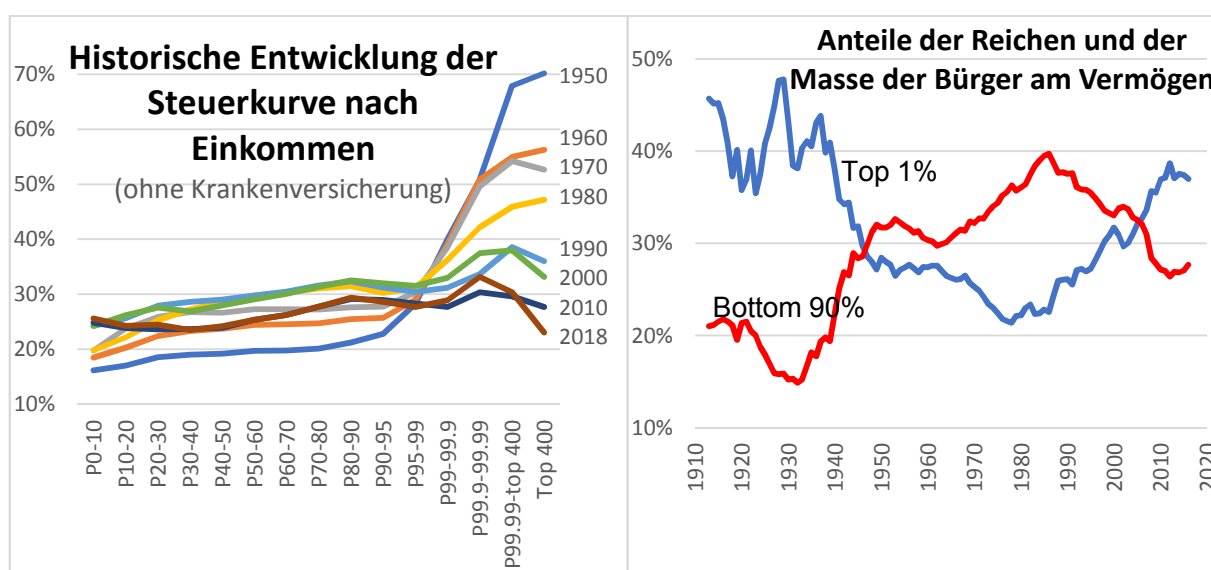
⁴ Die wichtigsten Beratungsgesellschaften: Coopers.

⁵ BEPS bedeutet: Base Erosion and Profit Shifting. Das Projekt ist gescheitert, trifft vom materiellen Ergebnis her nicht den Zweck. Mittlerweile gibt es die Länder, die den Austausch von Steuerdaten. KMH

denden, Zinsen, Gewinne) bezahlt. Vergleicht man die Steuern auf Kapital mit denen auf Arbeit, so nehmen erstere seit Anfang der 1950-er Jahre kontinuierlich ab, während die Belastung der Arbeit zunimmt. Ganz wesentlich war die Zunahme der Krankenversicherungskosten, die in den USA extrem hoch sind. **Seit der Jahrtausendwende werden Einkommen aus Arbeit sogar im Durchschnitt höher besteuert als Einkommen aus Kapital.**

Niedrige Unternehmenssteuern sind nicht vorteilhaft für die Wirtschaft

Entgegen allen volkswirtschaftlichen Theorien gibt es keinen Hinweis darauf, dass eine niedrige Besteuerung von Kapital irgendeinen Vorteil bringt. Sie führt nicht zu einer höheren Sparquote, wie oft behauptet wird. Sie führt auch nicht zu einem „trickle-down-Effekt“. Im Gegenteil: Die Einkommen stagnieren dadurch. **Die Vermögensbildung der großen Masse der Bevölkerung geht zurück – ebenso die Nachfrage. Es kommt zu einer Konzentration des Eigentums.**



Wenn die Regierung Vermögensbildung stärken will, muss sie dies durch direkte Anreize tun wie eine gesetzlich geregelte Altersvorsorge, durch gezielte Förderung von Wohneigentum usw., nicht aber durch niedrige Steuern auf Kapital.

Ohne eine hohe Körperschaftssteuer gibt es keine progressive Einkommenssteuer

Die Gefahr, dass wohlhabende Einzelpersonen ihre eigene private Firma gründen, die alle Einnahmen bekommt und sich selbst nur ein geringes Gehalt auszahlen, ist der wichtigste Grund dafür, warum alle Länder mit einer progressiven Einkommenssteuer auch eine Körperschaftssteuer haben. **Mit dem Zusammenbruch der Körperschaftssteuer bricht daher das gesamte System der progressiven Einkommensbesteuerung zusammen.** Darüberhinaus entziehen sich die Reichen in den USA auch noch der Zahlung von Verbrauchssteuern, da sie ihren Konsum möglichst weitgehend in ihre private Firma verlagern.

6 Wie wir die Abwärtsspirale stoppen können

Vorschläge zur Unternehmensbesteuerung

Die Autoren sind der Auffassung, dass Steuerwettbewerb für die Volkswirtschaft keine Vorteile, sondern nur Nachteile mit sich bringt. Es gibt genug Checks und Balances in der Demokratie, um zu verhindern, dass die Steuern zu hoch sind.

Was kann also gegen die Steuervermeidung getan werden?

Länderberichte⁶: Der wichtigste Schritt ist bereits getan. Mittlerweile müssen alle großen internationalen Konzerne einen Bericht an die Finanzämter erstellen, in dem sie die wichtigsten Kenndaten für jedes Land, in dem sie tätig sind, veröffentlichen.

Gesamtkonzernsteuer⁷: Wenn Unternehmen als konsolidierte Unternehmen besteuert würden und nicht jede Tochtergesellschaft für sich, dann hätte es keinen Sinn, die Preise für Transaktionen zwischen diesen Tochtergesellschaften zu berechnen. **Die Verrechnungspreisindustrie wäre mit einem Schlag überflüssig.** Heute arbeiten in den Konzernen und den Big Four 250.000 Expert:innen zur Justierung der Verrechnungspreise.

Aufteilung der Gewinne nach Umsatz: Die Autoren schlagen vor, dass die Gewinne den Staaten nach den Umsätzen zugeordnet und von diesen besteuert werden.⁸

Einheitlicher Mindeststeuersatz: Die G20-Länder sollten sich zunächst auf einen **Mindeststeuersatz von 25 Prozent** für ihre Konzerne einigen. Der Befürchtung, dass Google dann seinen Hauptsitz auf die Bermudas verlegt, hat bereits Obama entkräftet, in dem er eine solche „Inversion“ gesetzlich verhindert hat.

Sanktionen gegen Steueroasen: Staaten, die die Mindeststeuer nicht erheben oder keine Daten liefern, betreiben Steuerdumping. Deshalb können und sollten sie durch Steuern auf alle Finanztransaktionen mit diesen Ländern in Höhe von 30% belegt werden, wie das die USA zur Durchsetzung ihres FATCA-Gesetzes bereits praktiziert.

Kein Handelsabkommen ohne Steuerkooperation: Es sollte kein Handelsabkommen mehr ohne eine Vereinbarung über die Mindestbesteuerung und Zusage der Steuertransparenz geschlossen werden.

Überbietungswettbewerb: Jeder Staat kann den **Körperschaftssteuersatz einseitig auf 50% hochsetzen**. Die USA könnte sogar alle anderen Staaten zwingen, die gleiche Steuer zu erheben, indem sie einseitig beschließt, dass jede Firma, die in den USA Umsätze macht, weltweit 50% Steuern auf ihre Gewinne zu zahlen hat. Wenn dann ein Staat weniger Steuern erhebt, wird die Firma in Höhe der Differenz in den USA steuerpflichtig. Damit entstände ein Überbietungswettbewerb.

⁶ Das System der Länderberichte wird CBCR (Country-by-Country-Reporting) genannt: Die OECD hat erreicht, dass alle internationalen Konzerne (bislang ab ca. 1 Million Dollar Umsatz) einen solchen Bericht erstellen müssen, indem ihre wichtigsten Kenndaten wie Investitionen, Beschäftigte, Umsatz, Gewinne für alle Staaten aufgeführt werden. KMH

⁷ Der in Deutschland übliche Begriff „Gesamtkonzernsteuer“ wird in der Übersetzung nicht gebraucht. Er entspricht dem im britischen Englisch üblichen „unitary taxation“. In den USA wird dagegen meist der Begriff „formulary apportionment“ oder von den Autoren „factor apportionment“ genutzt. In der deutschen Ausgabe wird dies einfach mit „Gewinnaufteilung“ eines „konsolidierten Unternehmens“ übersetzt. KMH

⁸ Die EU plant seit längerem eine Aufteilung der Gewinne nach Investitionen, Personalkosten und Umsatz je zu einem Drittel (GKKB – Gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Basis). Auch viele NGOs befürworten dies (ATTAC, Netzwerk Steuergerechtigkeit, TJN (Tax Justice Network) usw.) Indien will auch die User-Daten von Digitalkonzernen bei der Aufteilung der Gewinne berücksichtigen). KMH

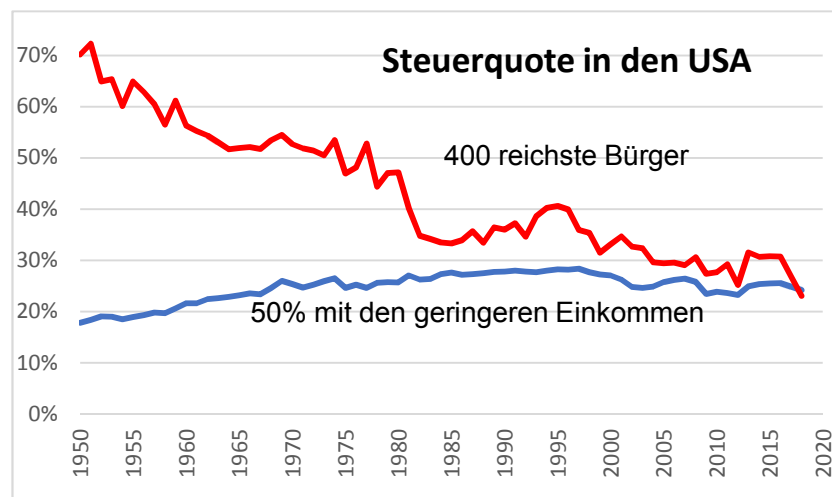
7 Die Reichen Besteuern

Besteuerung von Einkommensmillionären⁹

Superreiche Multi-Millionäre zahlen viel weniger Steuern als Normalbürger oder normale Millionäre, auch wenn sie brav alle Ihre Steuern zahlen. Warren Buffett besaß 2015 65,3 Milliarden Dollar. Sein thesaurierter Gewinn dürfte 3,2 Mrd. Dollar betragen haben. Da er sich nur einige Millionen auszahlen ließ, hatte einen Steuersatz von 0,055 Prozent.

Der Grund: Der Reichtum der Milliardäre besteht in Firmenanteilen. Ihr Einkommen besteht zum größten Teil im Wertzu-

wachs dieser Firmen, der nicht oder nur gering besteuert wird. Selbst ein Einkommens-Steuersatz von 90% würde daran nichts ändern.



Wie hoch sollen Reiche besteuert werden?

Die Autoren nehmen als Grundlage ihrer Vorschläge die Gerechtigkeitsphilosophie von John Rawls.¹⁰ Daraus folgt: **Solange die Erhöhung des Steuersatzes der Reichen zusätzliche Einnahmen generiert, sollte der Steuersatz angehoben werden.** So wird die Gesellschaft gerechter und demokratischer.

Empirisch liegt der **Grenzsteuersatz**, der die größtmöglichen Einnahmen von den Reichen generiert, bei etwa **75 Prozent**. Wenn dieser Spitzensteuersatz für alle Einkommen über 500.000 Dollar gilt, dann würde der **Durchschnittssteuersatz für die 1 Prozent Reichen in den USA 60 Prozent** erreichen. Für einfache Einkommensmillionäre läge er noch deutlich unter 60 Prozent, für Milliardäre läge er bei fast 75%. Da der durchschnittliche Steuersatz heute bei etwa 30 Prozent¹¹ liegt, würden die Reichen im Durchschnitt etwa doppelt soviel Steuern zahlen wie der Durchschnittsbürger.

Die Autoren berechnen die **zusätzlichen Steuereinnahmen durch die vorgeschlagenen Reichensteuern auf etwa 4 Prozent des NEK.**

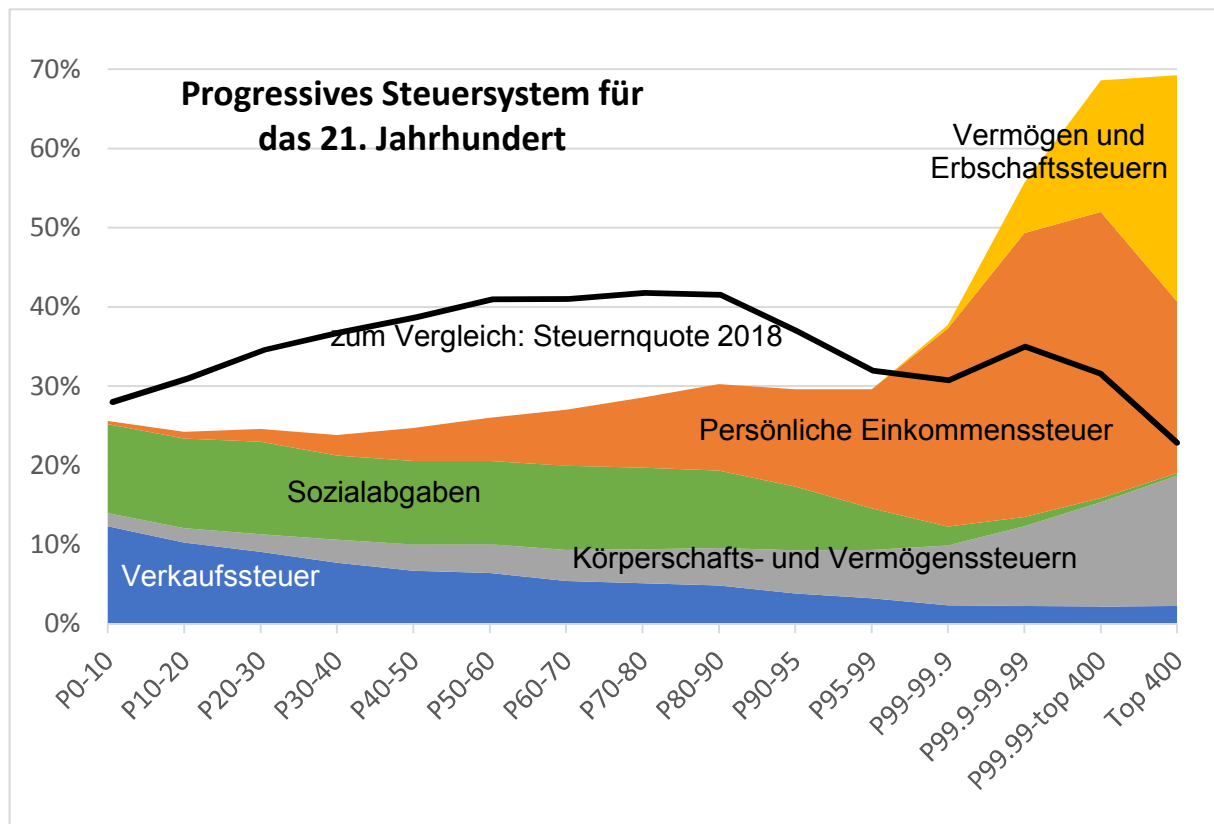
Umsetzung dieses Ziels

⁹ Hier geht es um die Besteuerung der Reichen – also der 1% mit den höchsten Einkommen. Vereinfacht kann man sagen: Es geht um Menschen mit mehr als 500.000 Dollar Jahreseinkommen.

¹⁰ John Rawls ist einer der bedeutendsten – wenn nicht der bedeutendste – Gerechtigkeitsphilosoph des 20. Jahrhunderts. Sein Hauptwerk: *Eine Theorie der Gerechtigkeit*, Suhrkamp, Frankfurt 1979. Nach seiner Philosophie ist Ungleichheit nur dann gerechtfertigt, wenn die Ärmsten davon profitieren. KMH

¹¹ Hier rechnen die Autoren die betriebliche Krankenversicherung nicht mit, da sie diese in ihrem Reform-Szenario durch eine allgemeine steuerfinanzierte Krankenversicherung ersetzen wollen.

Dieser Steuersatz soll durch eine Kombination aller Steuerarten erzeugt werden. Da für die Reichen Verbrauchssteuern und Sozialabgaben kaum eine Rolle spielen, soll dieser Steuersatz durch eine **Kombination von Einkommenssteuer, Körperschaftssteuer und einer progressiven Vermögenssteuer** erreicht werden.



Die **Einkommenssteuer soll auf einen Spitzensteuersatz von 60 Prozent** auf alle Einkommen angehoben werden. Dazu gehören auch Gewinne aus privaten Veräußerungsgeschäften. Dabei wird ggf. die Inflationsrate vom Gewinn abgezogen. Bei Firmenverkäufen sollen dann auch Ratenzahlungen möglich sein.

Bei ausgeschütteten Gewinnen wird die gezahlte Körperschaftssteuer auf die Einkommenssteuer angerechnet. Dies folgt der Logik: Körperschaftssteuer ist eine Vorauszahlung auf die zu zahlende Einkommenssteuer. Dann ist es für die Firmen steuerlich gleich, ob sie sich mit Eigenkapital oder Fremdkapital finanzieren.

Dann bleibt noch das Problem von thesaurierten Gewinnen von Firmen, die nicht börsennotiert sind. Diese sollen grundsätzlich der Einkommenssteuer unterliegen. Die Gewinne werden also den Eignern ausgewiesen, die diese als Einkommen versteuern müssen.

Vermögenssteuer

Die Autoren gehen davon aus, dass die vorgeschlagenen Steuern noch nicht ausreichen, um die 0,01 Prozent Superreichen und insbesondere die Milliardäre angemessen so besteuern, damit der Spitzensteuersatz erreicht wird. So sind große Unternehmen wie Amazon viele Milliarden Dollar wert, ohne dass dieser Wert jemals in einer Steuererklärung aufgetaucht ist. Deshalb schlagen sie drei Komponenten vor: Eine **Verdoppelung der Erbschaftssteuer** (auf den Stand vor Trump) und eine **jährliche Vermögenssteuer in Höhe von 2 Prozent für Vermögen über 50 Millionen Dollar bzw. von 3,5 Prozent für Vermögen über 1 Milliarde Dollar**.

Die Progressionskurve würde dann an der Spitze wieder der der 1950-er Jahre entsprechen – allerdings durch eine geänderte Steuerstruktur.

Das Vermögen ist – anders als bei den Einkommen der Top-Verdiener – klar definiert. Es ist der Marktwert der Besitztümer abzüglich aller Schulden. Die Vermögen bestehen zu 80 Prozent aus Anteilen von börsennotierten Unternehmen, Anleihen und Fondsanteilen. Die restlichen 20 Prozent bestehen überwiegend aus Anteilen an nicht gehandelten Unternehmen. Der Wert kann durch Finanzanalysten geschätzt werden.

Ein eleganter Vorschlag der Autoren besteht darin, dass **Steuerpflichtige ihre Steuerschuld auch in Form von frei handelbaren Anteilen an ihren Firmen oder mit Aktien begleichen können**. Dies ist eine Option, wenn die Steuerpflichtigen der Meinung sind, dass ihr Unternehmen zu hoch eingeschätzt wurde. Es ist auch eine Option, wenn sie nicht liquide sind und die Steuern nicht aus ihren Gewinnen bezahlen können. Schließlich kommt das auch für Teilhaber von Start-Ups in Frage, die noch keine Gewinne machen, aber bereits einen erheblichen Börsenwert haben.

Der Staat könnte dann die Anteile entweder verkaufen oder er bliebe stiller Teilhaber. Damit entfielen auch das hierzulande insbesondere von den sogenannten Familienunternehmern vorgetragene Argument, eine hohe Besteuerung würde Arbeitsplätze gefährden.

Ein weiteres Argumente der Autoren: Eine solche Vermögenssteuer ist faktisch eine Gleichstellung der Reichen mit der oberen Mittelschicht, die in den USA bereits eine erhebliche Vermögenssteuer in Form von kommunalen Grundsteuern oder Vermögenssteuern bezahlt.

Amt für den Schutz der Allgemeinheit

Wenn alle Einkommen – ob sie aus Kapital oder Arbeit stammen, ob sie verkonsumiert oder gespart, auf den Bermudas oder den USA verbucht oder auf ein Bankkonto in Zürich eingezahlt werden – mit demselben Steuersatz belegt werden und das Angebot an Steuertrickserien stark eingeschränkt wird, dann lässt sich Steuervermeidung nahezu komplett verhindern.

Um dies zu erreichen, soll ein **Public Protection Bureau** (PPB – Amt für den Schutz der Allgemeinheit) eingerichtet werden, das so gut ausgestattet und bezahlt wird, dass es der Steuervermeidungsindustrie gewachsen ist. Diesem müssen unter Strafandrohung alle Steuerstrategien der Konzerne gemeldet werden. Grundlage ist die gesetzliche Regelung des „**Grundsatz der wirtschaftlichen Substanz**“. Demnach hat jede Bürger:in alle Einkommen bzw. Vermögen anzugeben und auf alle Einkommen oder Vermögen den betreffenden Steuersatz zu zahlen. Jede Form der Vermeidung wird demnach illegal – auch wenn sie auf Gesetzeslücken beruht.¹² Das PPB hat auch die Aufgabe, **ausländische Steuerpraktiken zu überwachen** und ggf. das Finanzministerium zu beauftragen, wirtschaftliche Sanktionen gegen Steueroasen zu ergreifen.

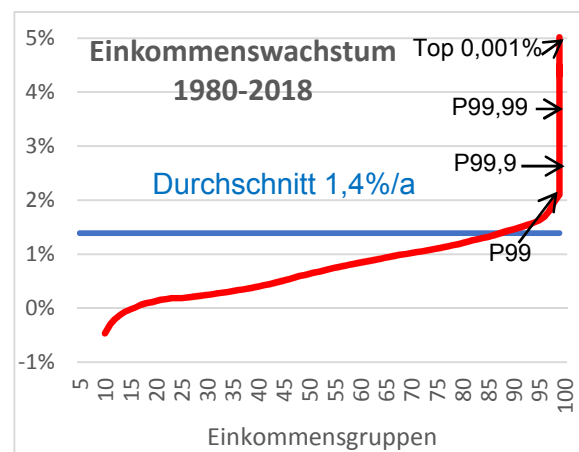
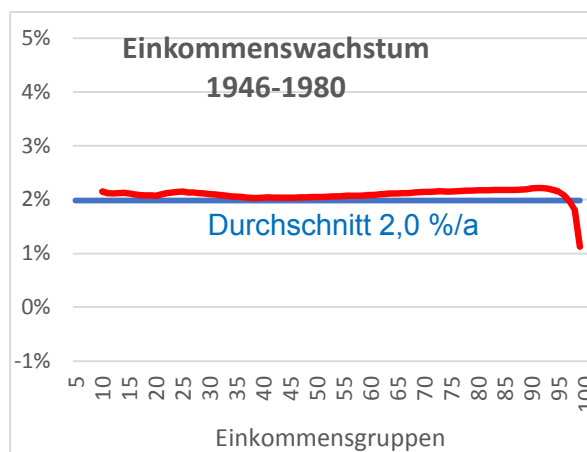
¹² Dieser Grundsatz ist in den USA gesetzlich geregelt, wird aber bislang nicht angewandt. Nach diesem Grundsatz hat übrigens auch der Finanzgerichtshof in Deutschland die Cum-Ex-Geschäfte für illegal erklärt! KMH

8 Über Laffer hinaus

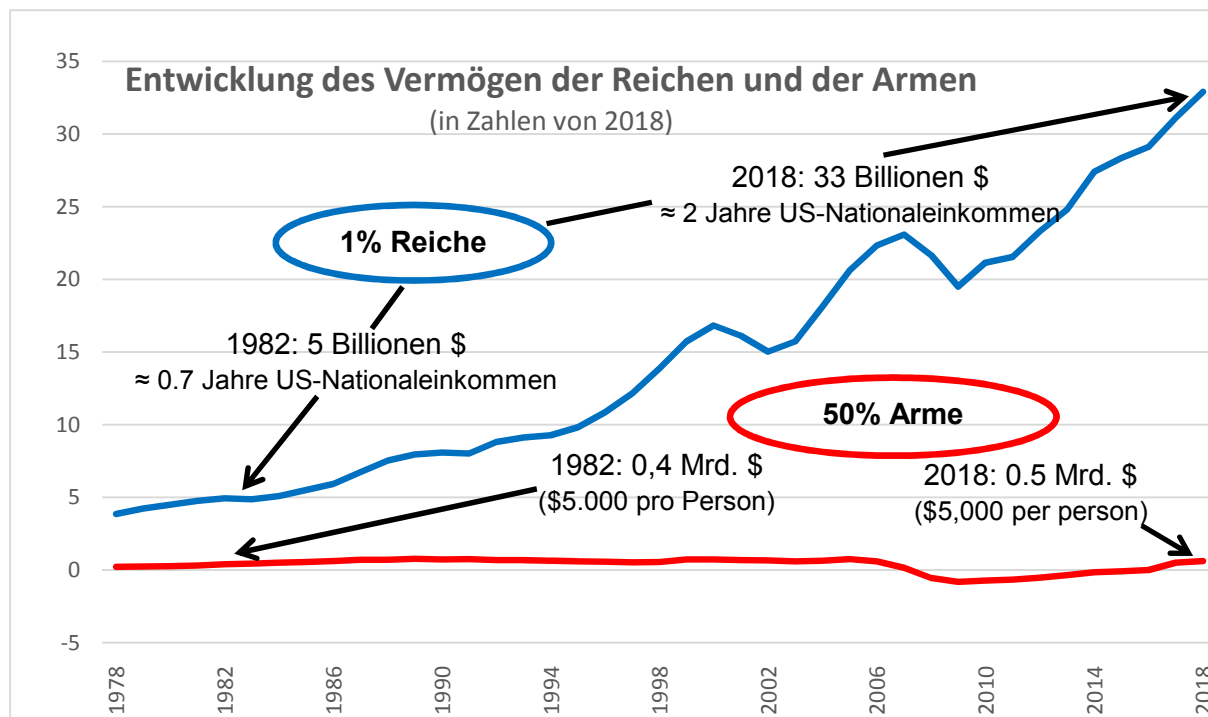
Eine Sondersteuer zum Umverteilen

Der Ökonom Arthur Laffer wurde bekannt mit der Aussage, dass eine Erhöhung des Steuersatzes ab einem gewissen Punkt zu weniger Einnahmen führt. Dieser Punkt liegt nach den Berechnungen der Autoren bei einem Spitzensteuersatz von 75 Prozent. In den 50-er Jahren wurde in den USA jedoch ein Spitzensteuersatz von 91 Prozent für Einkommen oberhalb von 6,7 Millionen Dollar (nach heutigem) Wert erhoben. Das Ziel dieses Steuersatzes war es nicht, mehr Steuern zu erheben. Ziel dieses Steuersatzes war es, die Ungleichheit in der Gesellschaft zu reduzieren. Es handelte sich praktisch um konfiskatorische Steuern, da sie im Einzelfall höher als der Gewinn liegen konnten. Diese Steuer betraf auch nur 306 Familien in den USA. Auch in Großbritannien lagen die Spitzensätze von 1941 bis Mitte der siebziger Jahre bei 90 Prozent.

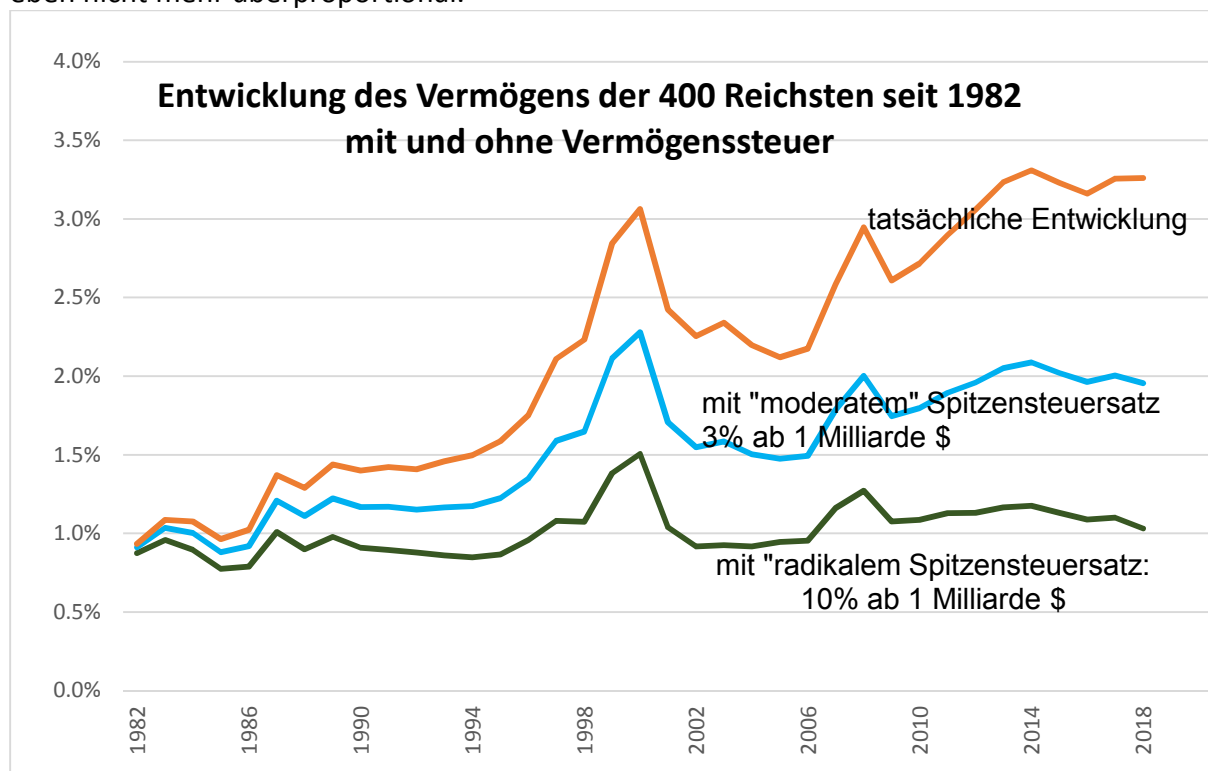
Die beiden Grafiken zeigen den Unterschied. Nach dem Krieg nahm bis 1980 die Ungleichheit ab. Aber trotzdem nahm das Vermögen der 300 Reichsten Familien insgesamt noch um 1 Prozent jährlich zu. In den Jahren von 1980 bis 2018 nahm die Ungleichheit dagegen kontinuierlich zu.



Seit 1982 beläuft sich das durchschnittliche Vermögen der Hälfte der US-Bürger konstant auf 5.000 Dollar. Berücksichtigt man die Inflation, dann sind sie also ärmer geworden. Besonders gilt das für die ärmsten 15 Prozent. In der gleichen Zeit haben sich die Vermögen der Reichen versiebenfacht. Da eine Konzentration von Reichtum auch eine Konzentration von politischem Einfluss und ökonomischer Macht bedeutet, steht eine solche Entwicklung nicht im Einklang mit dem Gedanken einer Demokratie.



Daher haben die Autoren gerechnet, wie das Steuersystem gestaltet werden muss, damit es zu einem Umverteilungseffekt kommt. Das in Kapitel 7 beschriebene Reform-Szenario genügt dieser Anforderung noch nicht. Die untenstehende Grafik zeigt, dass bei einer Vermögenssteuer für Milliardäre von 3 % das Wachstum der Vermögen der 400 reichsten Familien immer noch über dem durchschnittlichen Wachstum von 1,4 % jährlich gelegen hätte. Deshalb schlagen sie für **Milliardäre eine Vermögenssteuer von 10 % jährlich** vor. Die Grafik zeigt, dass selbst damit das Vermögen der Milliardäre noch weitergewachsen wäre, aber eben nicht mehr überproportional.



Exkurs: Vergleich Frankreich/Europa und USA

- Das durchschnittliche Nationaleinkommen pro Erwachsenen liegt in den USA um 30% höher als in Frankreich.
- Zwar ist die Produktivität gleich hoch, aber die US-Bürger arbeiten 30 Prozent mehr – weniger Urlaub, längere Arbeitszeit, keinen Mutterschaft-/Elternurlaub, kürzeres Studium, späterer Ruhestand, zusätzliche Arbeit als Rentner usw.
- Das Einkommen eines Arbeiters (untere 50%) vor Steuern und Transfer lag 1962 in den USA noch um 80 % höher als in Frankreich. Heute hat der französische Arbeiter 11% mehr Einkommen als der US-Amerikaner.
- Berücksichtigt man aber die Transfers (mehr Freizeit, Krankengeld, Gesundheitsversorgung, Kindergeld, Elterngeld, Sozialhilfe, kostenlose Kindergärten, kostenlose Uni), dann liegt der Lebensstandard der französischen Arbeiter weit vor denen der US-Amerikaner.
- Der US-Amerikaner zahlt 20% seines Einkommens (Arbeitgeberbrutto) für die Krankenversicherung, der Durchschnitt der OECD zahlt nur die Hälfte – mit besserem Ergebnis:
- 1980 lag die Lebenserwartung eines US-Amerikaners um 1,5 Jahre höher als im OECD-Schnitt. Heute liegt sie um 2 Jahre niedriger.

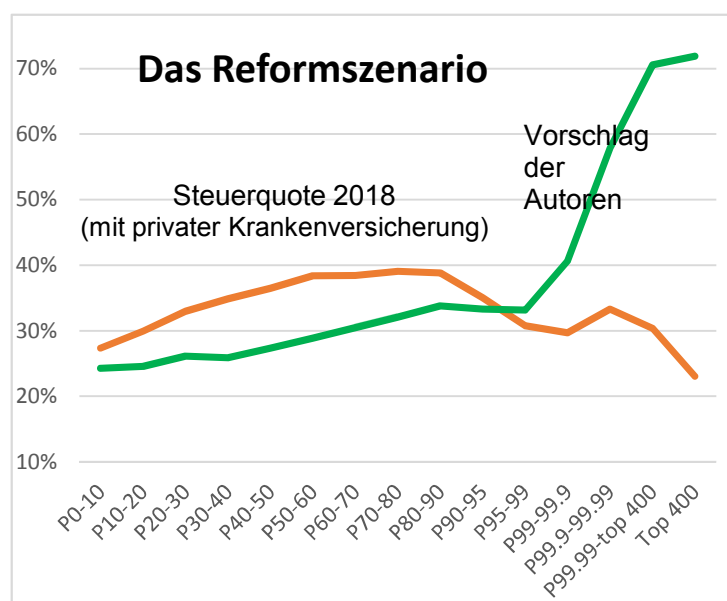
9 Eine Welt voller Möglichkeiten

Reformszenario für das Steuersystems und das Sozialsystems der USA

Europa finanziert einen beträchtlichen Teil des Sozialstaates mit der Mehrwertsteuer. Diese ist zwar weniger regressiv als die Verbrauchssteuern der USA – aber auch regressiv. Denn auf gesparte Einkommen fällt die Mehrwertsteuer nicht an.

Die Nationaleinkommenssteuer

Die Autoren schlagen stattdessen eine **Nationaleinkommenssteuer** von 6 Prozent vor. Sie wird von den Arbeitgebern auf die gesamte Lohnsumme und auf die Gewinne ohne Abzüge erhoben. Sie soll die progressive Besteuerung ergänzen und regressiv Steuern ersetzen, vor allen die ungerechten Versicherungsbeiträge für Rente und Gesundheit. Im Gegensatz zur Mehrwertsteuer ist sie nicht degressiv. Und da sie die Gewinne mitbesteuert und alle Transfereinkommen frei sind, ist sie sogar leicht progressiv.



Zum Vergleich: Die Mehrwertsteuer erbringt in Deutschland 8,7 % des Nationaleinkommens.

Das Reformszenario

Das Reformszenario umfasst folgende Komponenten (Zahlen in Prozent vom NEK):

• Vermögenssteuer: 2 % ab 50 Mio., 3,5 % ab 1 Mrd. Vermögen	+1,2 %
• Einkommenssteuer: volle Besteuerung aller Kapitaleinkommen und 60% Spitzensteuersatz	+1,7 %
• Körperschaftssteuer: 30 %	+1,3 %
• Nationaleinkommenssteuer: 6 %	+5,6 %

Summe zusätzliche Einnahmen	9,8 %
-----------------------------	-------

• Krankenversorgung für alle: 8000 Dollar für jeden Erwachsenen	6,0 %
• Öffentliche Kinderbetreuung und Früherziehung	1,0 %
• Kostenloser Besuch öffentlicher Universitäten	0,5 %
• Abschaffung von Verkaufssteuern und Trumps Zöllen	2,3 %

Summe zusätzliche Ausgaben	9,8 %
----------------------------	-------

Ergebnis: Fast 95 % der US-Amerikaner:innen würden entlastet durch die wegfallenden Krankenversicherungsbeiträge. Dafür kommt die Nationaleinkommenssteuer von 6 % hinzu. Obwohl es schwierig ist, die wirtschaftlichen Auswirkungen eines gesünderen und besser ausgebildeten Arbeitskräfteangebots zu quantifizieren, deuten die Indizien darauf hin, dass die Konsequenzen für das Wachstum positiv sind.